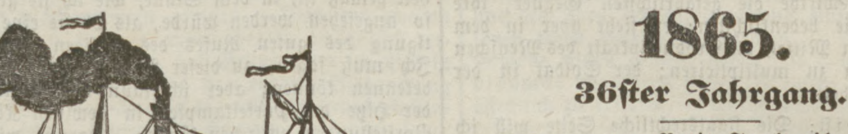
Danziger Dampfboot.

№ 70. **1865.**

Donnerstag, den 23. März. **36ster Jahrgang.**

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Mittwoch 22. März.

Wie die „Postzeitung" in einem Telegramme aus Wien meldet, hat Frankreich bie schleswig-holsteinsche Interimsflagge unter Vorbehalt der Rechte des deutschen Bundes anerkannt, dabei jedoch die weitere Bewilligung der Vortheile, welche die schleswig-holsteinschen Schiffe bisher unter dänischer Flagge genossen, einer weiteren Erwägung vorbehalten.

Kiel, Mittwoch 22. März.

Zur Vorfeier des Geburtstags Sr. Maj. des Königs von Preußen fand gestern bei dem kommandirenden General Herwarth v. Bittenfeld eine Soiree statt, zu welcher ungefähr 250 Personen geladen waren. Abends Zapfenstreich bei Fackelbeleuchtung, Kanonensalven, Feuerwerk. Heute früh Reveille. In der protestantischen und katholischen Kirche wurde feierlicher Gottesdienst gehalten. Alle Kriegsschiffe flaggen. Die öffentlichen Gebäude und einzelne Privathäuser sind gleichfalls mit Fahnen festlich geschmückt. Mittags große Parade und Königssalut. Um 4 Uhr auf dem Schlosse Diner; auch die Offiziere haben ein Festessen veranstaltet. Abends Ball für die Soldaten.

Schleswig, Mittwoch 22. März, Abends.

Jetzt findet glänzende Illumination des Schlosses statt. Viele Häuser der Stadt prangten den Tag über im Flaggenschmuck. Der preußische Civilkommissarius, Regierungspräsident v. Zedlitz, empfing im Laufe des Tages viele Personen von Distinktion, die ihre Glückwünsche für den heutigen Geburtstag Sr. Majestät des Känigs von Preußen darbrachten. Mittags fand bei Hrn. v. Zedlitz Festdiner statt, an welchem die Mitglieder des Magistrats und des Deputirtenkollegiums Theil nahmen. In Raven's Hotel vereinigten sich über 100 Offiziere und Civilisten zu einer Festtafel. — Dem die Feier vorbereitenden Zapfenstreich von gestern Abend war heute Morgen große Reveille gefolgt.

Kopenhagen, Mittwoch 22. März.

An den aus beiden Things zusammengesetzten gemeinschaftlichen Ausschuß zur Ausarbeitung des Verfassungs-Entwurfes ist eine Mittheilung der Regierung gelangt. Die Regierung geht auf die von dem Ausschuß vorgeschlagene Eintheilung der Wähler ein, bestimmt jedoch für die Wahlberechtigten einen höheren Census und beschränkt die Wählbarkeit der Lokalbeamten. Eine Einigung ist daher schwerlich zu erwarten.

Hannover, Mittwoch 22. März.

Durch königliche Proklamation ist die Ständeversammlung zur Fortsetzung der ersten ordentlichen Diät auf den 30. d. M. wieder einberufen worden.

München, Mittwoch 22. März.

Der österreichische Gesandte, Graf Blome, ist heute Morgen aus Wien hierher zurückgekehrt. Wie verlautet, soll der bayerisch-sächsische Antrag in Bezug auf Schleswig-Holstein alsbald beim Bunde eingebracht werden.

Wien, Mittwoch 22. März.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Antrag des Finanzausschusses, über den Antrag des Grafen Brints betreffend die Behandlung des Budgets zur Tagesordnung überzugehen, ohne Debatte angenommen. Der Staatsminister v. Schmerling erklärte, die Regierung wünsche, daß an die Berathung des Budgets mit möglichst thunlichen Abkürzungen gegangen werde. Der Antrag des Finanzausschusses, es möge das Budget von 1866 sofort einem besonderen Ausschusse zugewiesen werden, welcher nach Beendigung der Berathung über das Budget von 1865 einen Bericht vorlegen solle, wurde gleichfalls ohne Debatte angenommen.

— Das Abgeordnetenhaus beschloß heute in geheimer Sitzung, seine Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Ryger wegen Ehrenkränkung zu ertheilen.

Lissabon, Mittwoch 22. März.

Aus Montevideo wird vom 7. d. M. berichtet: Der brasilianische Admiral hat annehmbare Kapitulations-Vorschläge von Montevideo erhalten. Montevideo wird voraussichtlich ohne Kampf erobert werden.

London, Mittwoch 22. März.

Nach den vom Dampfer „Moravian" überbrachten Berichten hat sich die Nachricht von dem Siege Sheridans bestätigt. Letzterer nahm 87 Offiziere und 1100 Mann gefangen. Der Senat der konföderirten Staaten hat das die Konskription der Neger betreffende Gesetz angenommen. Sherman soll Fayetteville eingenommen haben. Der neue Finanzminister Mac. Gulloch hat erklärt, er wolle versuchen baldigst die Zahlungen in Metall wieder aufzunehmen. Die Bundestruppen sind von Newbern in Kinston angekommen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

25. Sitzung am 21. März.

Die heutige Sitzung, der bei Eröffnung derselben nur der Regierungs-Commissar Geh. Ober-Finanzrath Mölle beiwohnte, eröffnete der Präsident Grabow mit geschäftlichen Mittheilungen. Dann tritt das Haus in die Tagesordnung, die Fortsetzung der gestern unterbrochenen Debatte über den Generalbericht der Budget-Commission, Tit. XVI. Kriegsministerium. Der erste Redner ist der Abg. v. Gottberg: Der Bericht hat, wie der Abg. Löwe richtig bemerkte, bereits gewirkt, nicht erfüllbare Hoffnungen sind im Lande erweckt und der Conflikt verschärft. Die Commission ist den Nachweis schuldig geblieben, wie man eine Steuerermäßigung herbeiführen will. Kritisiren ist leicht, besser machen schwerer. Redner citirt eine Rede des Abg. v. Vincke (Hagen) aus der Sessionsperiode vom Jahre 1861, in welcher sich derselbe über die Zweckmäßigkeit der Reorganisation äußert. Das damalige Abgeordnetenhaus hielt die Reorganisation nicht nur für nothwendig, sondern es erklärte ausdrücklich, daß dadurch keine bestehenden Gesetze verletzt würden; das Ministerium hat die Pflicht, für die Sicherheit des Landes Sorge zu tragen, und deshalb müssen ihm auch die nöthigen Mittel bewilligt werden. Was das Haus verlangt, ist nur der Anfang des parlamentarischen Regiments. Da kann das Ministerium nicht nachgeben.

Abg. Michaelis: Die Theorie des Vorredners hat glücklicher Weise der Ministerpräsident im anderen Hause widerlegt, indem er ausführte, daß die Grundlage des constitutionellen Lebens die Compromisse seien. Leider hat die Staatsregierung nicht die Gelegenheit benutzt, um zu einer Einigung zu gelangen, denn sie hat ausdrücklich ihren früheren Standpunkt aufrecht erhalten. Wir sind durch die Spezialetats in der Lage, die Vertheilung des Budgets zu kennen. Aber ein Unterschied zwischen den einzelnen Etats ist vorhanden. So z. B. repräsentirt der Justiz-Etat eine Ausgabe für wirklich geleistete Arbeitskraft, während der Militär-Etat nicht nur die Ausgaben für zu erwartende Arbeitskraft enthält, sondern auch noch die Arbeitskraft des Landes lahm legt. (Der Kriegsminister v. Roon ist in das Haus getreten.) Eine Einigung wäre möglich, wenn die Regierung wie im Jahre 1822 verführe. Damals sah man ein, daß die Kosten der Militairverwaltung zu hoch seien, darum ermäßigte man sie. Die Rechtsfrage wollen wir erörtern, wenn wir an die Berathung der Spezial-Etats gehen. Wir haben hier jetzt nur ein neues Recht zu schaffen, und da ist es bedeutungsvoll, daß der Herr Kriegsminister gestern sofort von der finanziellen Seite zu der Frage über die Friedensstärke der Armee überging. Es ist richtig, diese Frage bildet den Kardinalpunkt der Frage und darum scheint es mir, daß diese Frage seither ganz falsch behandelt wurde. Der Standpunkt, der hier allein maßgebend, ist der Standpunkt der souveränen Militärtechnik. Aber diese Militärtechnik hat vergessen, daß noch eine Verfassung existirt, und darum ist aus dem Fachminister, wie der Minister uns gestern selbst sagte, ein politischer Minister geworden. Der Kriegsminister hat, wenn auch in anderen Worten, angedeutet, daß für viele Mitglieder dieses Hauses das gegenwärtige Ministerium ein Hinderniß für die Verständigung mit der Krone ist. Ich muß ihm beipflichten, aber auch gleichzeitig hinzufügen, daß, wenn das Ministerium diesen Zustand selbst erkennt, es seine Pflicht sein muß, Sr. Maj. dem Könige den Rath zu ertheilen, sich mit anderen Räthen zu umgeben, welche kein Hinderniß zur Verständigung des Landes mit der Krone bieten. (Bravo!)

Abg. v. Mitschke-Collande: Die Militär-Reorganisation ist gut. Wer, wie ich, im Jahre 1859 ein Landrathsamt eines armen Kreises verwaltete, der wird mir beistimmen. Es ist mir schwer geworden, die nöthigen Pferde und Mannschaften zusammenzubringen, und als ich sie zusammengebracht hatte, wurde ich von den Frauen und Kindern der einberufenen Landwehrleute umlagert, um ihnen Brod und Obdach zu geben. Wir müssen zu jeder Zeit schlagfertig sein, können es aber nur durch die Reorganisation. Sie sprechen von der Armee von 1806 im Vergleich zu der Landwehr von 1813. Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß jene Armee, an welche die Landwehr 1813 sich anlehnte, eben jene Armee von 1806 war.

Abg. Dr. Bender (auf der Journalistentribüne schwer verständlich): Die milde Sprache des Kriegsministers kann uns nicht helfen; helfen kann uns nur, wenn der Minister erkennt, daß die Regierung ihr formelles Unrecht auf die Spitze getrieben hat. Die conservative Partei hat zu der Debatte einen Antrag eingereicht, in welcher sie verlangt, das Haus solle die Reorganisation anerkennen. Wir bauen Dämme gegen das Meer und haben dem Himmel seinen Blitz genommen und wir sollten uns nicht gegen die Militairreorganisation wehren können? Wenn wir gegen die Reorganisation sprechen, so sprechen wir dagegen, weil wir ein Recht dazu haben und sie für nachtheilig halten. Wenn Sie (rechts) auch noch so oft sagen, die Reorganisation steht fest, so sagen wir Ihnen immer wieder: nein, sie steht nicht fest, so lange wir unsere Zustimmung nicht dazu gegeben haben.

Abg. Duncker: Das Verhalten der Regierung in dieser Frage zeigt immer mehr, daß das von Herrn Virchow erwähnte Hausmayorthum Platz greift. Aber ich warne die Regierung, von einem solchen Gebahren abzulassen; die Geschichte hat Beispiele, daß solches Verfahren sich selbst richtet. Ich erkenne die Erfolge des gegenwärtigen Ministeriums in der auswärtigen Frage gern an; aber ich glaube, es hat seinen Höhepunkt zu jener Zeit erreicht, und geht jetzt wieder den Berg hinab, weil es jenen Zeitpunkt nicht zu benutzen verstanden und nur in seinen eigenen Parteiinteressen ausbeuten will. (Der Finanzminister ist in das Haus getreten.) Glaubt denn die Regierung, daß sie ohne eine Verständigung weiter kommt? Je länger der Conflikt dauert, um so schärfer wird er; es ist die alte Geschichte von den Sibyllinischen Büchern. Vom technischen Standpunkte aus die Reorganisation betrachtet, so muß man doch anerkennen, daß die Reorganisatoren der Jahre 1808 viel größer dastehen, als die von 1860, denn sie wußten in dem kleinen Rahmen, der ihnen damals geboten wurde, eine Feldarmee darzustellen, die historisch groß dasteht. Was uns der Herr Kriegsminister gestern von dem General Boyen mitgetheilt, dem will ich eine andere Aeußerung eines Mannes gegenüberstellen, des größten militärischen Genies, das Preußen neben seinem großen König jemals gehabt, Gneisenau's (Redner verliest einige Stellen aus einem Gneisenau'schen Werke). Die Ansichten Gneisenau's weichen doch wesentlich von denen des jetzigen Kriegsministers ab; auch er forderte, wie wir, Beseitigung der Kadettenhäuser. Der Kriegsminister sagt, wir haben jetzt nur kurze Kriege zu erwarten; wenn wir nun aber einmal einen langen Krieg bekommen, was will dann der Kriegs-Minister machen, nachdem er durch diesen einseitigen militärischen Standpunkt das ganze patriotische Gefühl im Volke vernichtet hat. Es ist mir noch nicht durch die Aeußerungen des Abgeordneten für Anclam (Graf Schwerin) klar geworden, warum das Ministerium Schwerin sich nicht mit den Ansichten des nun verstorbenen talentvollen Generals von Bonin iden-

tificirte, von dem zu wissen wichtig wäre, was ihn abhielt, für die Reorganisation einzutreten. Es ist in diesem Hause die Aeußerung gefallen, daß der Compromiß nichts anderes ist, als der Sieg der Bescheidenheit über den Patriotismus. Aber die Bescheidenheit darf nicht Schwäche und der Patriotismus nicht Leichtsinn werden. Bescheiden ist das Volk immer gewesen. Aber die Feudal-Regierung wird dem Vaterlande niemals etwas Ersprießliches gewähren. Auf solche Zumuthungen wie sie dem Volke von diesem Ministerium gemacht, ist nur ein kurzes und entschiedenes Nein zu sagen. Ein solcher Friede, wie ihn das Ministerium uns bietet, ist Unterwerfung, und das geschieht nimmermehr.

Graf v. Wartensleben findet, daß Vorredner zur Sache nichts, sondern nur eine wohlconcipirte Rede über allgemeine politische Dinge brachte. Dem Redner sind die Volkswirthe die gefährlichsten Gegner, ihre Klagen sind die bedenklichsten; er sieht aber in dem Friedensheer ein Mittel, die Productivkraft des Menschen zu erhöhen, ja zu multipliciren; der Soldat ist der brauchbarste Arbeiter.

Abg. Gneist: Die staatsrechtliche Seite will ich mir für eine andere Gelegenheit aufsparen und die gestrigen Aeußerungen nicht als Jurist, sondern als Statistiker betrachten. Das theuerste Material hat die preußische Armee. Der Culturzustand des vierten Theils der Armee ist derartig, daß man ihn nicht nach Tagelohn berechnen kann; es sind zum Theil die einjährigen Freiwilligen. Die russische Armee ist die wohlfeilste und man kann deshalb keinen Vergleich zwischen ihr und der preußischen Armee anstellen. Das nächstbilligste Material hat Oesterreich, während das Material der französischen Armee dem der unseren ziemlich nahe aber nicht gleichkommt. Ebenso kann man einen Vergleich der preußischen Armee des 18. mit der des 19. Jahrhunderts nicht anstellen, denn der Culturzustand ist ein anderer geworden. Die Reorganisation hat uns nur Geldcalamität gebracht. In der Militärfrage vertritt der Kriegsminister alle Ressortminister und das thut der Herr Kriegsminister mit einer Schlagfertigkeit, in der die Früchte des Parlamentarismus unverkennbar sind. Das gegenwärtige Regime ist nicht dazu da, um Gesetze zu schützen, sondern um sie aufzuheben. Es giebt im Lande auch nur noch eine einzige Frage, die über das Heer, und ich frage: sind die Minister nur dazu da, die Reorganisation zu schützen? Der Herr Kriegsminister kennt seit 1859 das Urtheil dieses Hauses in der Finanzfrage, das immer gleich ausfiel. Die Erfolge des verflossenen Jahres sind nicht der Reorganisation zuzuschreiben. Die statistischen Beweise des Herrn Kriegsministers werden das Land nicht überzeugen, und wenn er mit Engelszungen spräche.

Kriegsminister v. Roon: Ich hatte nicht die Absicht noch einmal in dieser Frage zu sprechen, und kann nur bedauern, daß meine gestrigen Mittheilungen gegen meine Erwartung in der Weise aufgenommen worden sind. Der Herr Vorredner ist in seinem Lob gegen meine Person eben so weit gegangen, wie in seinem Tadel. Wenn ich bloß Abgeordneter wäre und nicht Minister, so würde ich vielleicht dem engern Begriff von Sparsamkeit den Vorzug geben, wie die Commissionsberichte seit 1859 ihn aufstellen, als Minister kann ich das nicht. Durch die Aeußerungen des Vorredners sind auch die Anführungen meiner Collegen nicht widerlegt worden, ebenso wie die Aeußerungen über die Merowingische Wirthschaft wirkungslos geblieben sind. Die Nothwendigkeit ist es, welche uns zwingt, zu jeder Zeit schlagfertig zu sein. Ob der Nachbar im Westen über uns herfallen wird oder nicht, das ist eine andere Frage, thun wird er es gewiß, wenn er es durch sein Interesse geboten hält. Ich habe gestern gesagt, wir hätten uns im Vertrauen auf die europäischen Zustände Illusionen hingegeben und nicht das für unser Wehrsystem gethan, was wir hätten thun sollen. Ich habe dadurch nicht unser Wehrsystem angreifen wollen, das kann mir am allerwenigsten beikommen. Jedes System überlebt sich mit der Zeit und die Regierung will nur den Fortschritt, währeud die Herren hier (links) wunderbar conservativ sind. Das System von 1814 war mit dem Fortschritt der Zeit nicht mitgegangen, das haben uns die Mobilmachungen von 1850 und 1859 bewiesen. Hätten wir das frühere Verhältniß behalten, wir wären in's Unglück gekommen. Die Reorganisation war eine Nothwendigkeit, eine dringende Pflicht. — Ich habe Beweise in den Händen, daß ich der Erbe des Herrn v. Bonin war, auch in dieser Frage, aber Herr Duncker wird nicht verlangen, daß ich hier die Geheimnisse der Cabinete offen darlege, welche den Austritt des Herrn v. Bonin aus des Ministerium veranlaßten. Man sagt, die Verständigung herbeizuführen, sei die Regierung verpflichtet. Mit wem? doch wohl mit dem Abgeordnetenhause? Ja, wird denn aber Jemand etwas unternehmen, von dem er vorher überzeugt ist, daß er keinen Erfolg zu erwarten habe? Haben Sie nicht schon oft genug gesagt: Mit diesem Ministerium keine Verständigung! Der Conflikt schadet nicht, er kann fortdauern und unsere Forderungen sind dann um so höher. Ja, meine Herren, wer nicht taub ist, der wird so etwas behalten und seinerseits keine Veranlassung nehmen, Ihnen nachzulaufen, Sie am Rock zu zupfen und Ihnen die Hand zu bieten. Außerdem sind ja auch Ihre Bedingungen von Jahr zu Jahr gestiegen. Sie erweitern dadurch die Kluft und beschränken das Recht der Regierung. Auf das, was Sie verlangen, kann sich die Regierung nicht einlassen. Man kann ein solches Uebel beklagen, aber die Regierung ist zu schwach, um es zu verhindern. (Bravo rechts.)

Nach dieser Rede des Kriegsministers wird der Schluß der Debatte und eine Unterbrechung der Sitzung von 20 Minuten zur Lüftung des Saales beschlossen.

Nach Ablauf der Pause werden die Verhandlungen mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen wieder aufgenommen.

Abg. Virchow bittet Herrn v. Gottberg, die Beschäftigung außerhalb des Hauses nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. Duncker versichert, daß er selbstverständlich nicht nach Kabinets-Geheimnissen habe fragen wollen; aber das Land habe ein Interesse und Recht zu fragen, mit welchem Grunde der Herr Kriegsminister sich als den Erben Bonin's betrachten könne, dessen Andenken durch diese Behauptung Schaden nehme.

Kriegsminister v. Roon: Wenn ich die Sache anders als ganz ernsthaft behandeln wollte, so würde ich Veranlassung haben, verschiedene Aeußerungen des Herrn Vorredners nur als eine Provokation zu betrachten, weiter in die Sache einzutreten. Ich will aber die Sache sehr ernsthaft nehmen und habe das auch vorausgesehen, daß meine Aeußerung, die nur der Wahrheit gemäß ist, in dem Sinne, wie ich sie gemacht habe, so angesehen werden würde, als ob sie eine Beeinträchtigung des guten Rufes des seeligen Generals wäre. Ich muß sagen, zu dieser Ansicht würde ich mich nicht bekennen können; aber ich kann mir denken, daß bei der Hitze des Parteikampfes in gewissen Köpfen solche Vorstellungen entstehen können. Darum will ich mich einfach darauf beschränken, Thatsachen anzuführen, die aus der Gesetzsammlung Jedermann zugänglich sind. Ich bin ernannt worden am 5. December 1859, das Abgeordnetenhaus trat zusammen, wenn ich mich nicht irre, am 14. Januar 1860 und es war einer der ersten Schritte der Regierung, dem Hause den sogenannten Reorganisations-Plan vorzulegen. Glauben die Herren, daß man in ein so ausgedehntes, weitschichtiges Ressort, wie das meinige, hineinsteigt, um sich eine Reorganisation aus den Aermeln zu schütteln? Wenn ich nicht den ganzen Gesetz-Entwurf vorgefunden hätte, ich würde ihn wahrscheinlich nicht so vorgelegt haben. Das ist meine Meinung von der Sache. Wenn der verstorbene General v. Bonin in manchen Beziehungen ganz gewiß abweichende Ansichten von den meinigen hatte, so respektire ich dieselben in hohem Maße; dahin aber, wohin der Herr Abgeordnete deutet, dahin gehen sie ganz gewiß nicht. Wenn der Herr General v. Bonin über die Leistungsfähigkeit des Landes vielleicht andere Ansichten haben mochte als ich, so war die Differenz doch in der That außerordentlich klein, so klein, daß ich mich um deswillen scheue, es zu sagen. Es kommt aber in den Verhältnissen des menschlichen Lebens zuweilen vor, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben. Das hat der Herr Abgeordnete übersehen.

Abg. v. Mitschke-Collande führt aus, daß die Forderung des Abiturienten-Examens für die Officiere beweise, daß es sich um einen Nachweis ihrer Befähigung handle.

Zum Schlusse der Debatte über Abschnitt **XVI.** des Berichts erhält noch das Wort als Referent

Abg. v. Forckenbeck: Wenn der Herr Kriegsminister einzelne Aeußerungen aus der Debatte herausholt, und daraus Schlüsse auf die Haltung des Hauses zieht; wenn man diese Aeußerungen immer von Neuem wiederholen hört, so heißt das nichts Anderes, als es vor dem Lande zu verhüllen, daß man nicht nachgeben will nnd kann (Sehr wahr!) Unser Verlangen ist kein verfassungswidriges, selbst der Antrag auf Abänderung der Verfassung ist nicht verfassungswidrig und wir wollen nichts als eine Abänderung der Steuergesetzgebung. Die Situation ist folgende: die Regierung hat zwei-, dreimal eine Erhöhung des Militär-Etats gefordert, wir haben sie eben so oft abgewiesen, vermöge unseres Budgetrechts. Daraus müßte folgen, daß die Regierung eine Minderforderung stellte; da sie dies nicht thut, so zeigt sie, daß sie auf ihrer Forderung beharren will. Es ist nicht richtig, daß irgend eine Kammer die Reorganisation bewilligt hat. Der Kammer von 1862 und allen ihren Nachfolgern ist die Angelegenheit überlassen, um sie auf gesetzlichem Wege zum Austrag zu bringen. Der Finanzminister erklärte, man müsse erst den Militär-Etat in Händen haben, bevor man an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit ein Urtheil darüber aussprechen könne. Redner verliest den bezüglichen Passus aus der Rede des Finanzministers vom 16. d. M.) Dem gegenüber will ich nur constatiren, daß der Generalbericht die Berathung des Special-Etats nicht überflüssig machen und hindern soll und daß wir sehr wohl im Stande sind, ein sachgemäßes Urtheil zu fällen. Was haben wir denn bei den bisherigen Budgetberathungen erreicht? Wir haben weder die Reorganisation noch den Verfassungskonflikt verhindert. Also der Weg, den wir bisher verfolgten, war kein guter; jetzt müssen wir alle Mittel zusammenfassen, um möglicherweise mit der Staats-Regierung zu einer Ausgleichung zu gelangen. Man hat gesagt, der Bericht sei agitatorisch. Er ist eine einfache Beleuchtung der Sachlage; er giebt Licht, wo Licht, Schatten wo Schatten ist. Wir kämpfen gegen die dreijährige Dienstzeit, die Regierung hält daran fest, selbst bei denjenigen Regimentern, die in Schleswig-Holstein waren. Heißt das agitiren, so agitiren die Thatsachen, nicht wir. (Sehr wahr!) und ich möchte lebhaft wünschen — es ist dies freilich ein Wunsch, den ich lediglich für meine Person ausspreche, daß unsre liberale Presse von dem Generalbericht, seiner Bedeutung und seinen Motiven einen größeren Gebrauch machen möchte, als sie es bisher gethan hat. — Die Frage nach der Größe der Last, welche dem Lande aus dem Armeebudget entsteht, führt zu der Ueberzeugung, daß das Land nie sparsam gegen die Armee gewesen ist. Die Zahlen des Berichts sind nirgends angegriffen worden. (Redner recapitulirt die Hauptposten aus den Tabellen.) Die Solderhöhung, die wir verlangen, beseitigt sicher einen harten Druck; hat es sich doch herausgestellt, daß die große Zahl von Postsendungen an die Truppen im Felde nur auf die Zuwendungen der Angehörigen der Soldaten zurückzuführen war (Hört! Hört!). Die alte Armee hatte die zweijährige Dienstzeit, die neue Organisation hält an der dreijährigen fest, weil durch die zweijährige allmälig eine Verminderung der Cadres entstehen würde. Die Regierung ist nur scheinbar von ihren früheren Forderungen zurückgegangen; der Kern des Reorganisationsplanes ist nicht geschwächt, sondern verstärkt worden. Die Forderungen der Regierung treten jetzt viel deutlicher und gefährlicher hervor. In der Frage, wie viel können wir für die Wehrkraft des Landes bewilligen, ist ja jetzt auch die Forderung für die Marine hineinzuziehen, die als eine dringende erscheint und die Gesammtlast des Landes erheblich vermehrt. Hiernach konstatire ich, daß, so lange die Verfassung besteht eine solche Mehrbelastung noch keiner Volksvertretung zugemuthet worden, ja, daß in der Geschichte der konstitutionellen Staaten sehr selten ein Ministerium mit solchen Forderungen aufgetreten ist; dem gegenüber sind wir bei dieser Sachlage verpflichtet, diese Forderungen vollständig abzusetzen. Ich konstatire, daß ein Vertrauen im Hause zu den Personen der Minister nicht da sein kann und darf, und daß wir daher solche Forderungen auch nicht bewilligen können. Aber ich konstatire ferner, daß die Minister auch nicht glauben Vertrauen im Lande zu besitzen; denn hätten sie diesen Glauben, so müßten sie zur Auflösung des Hauses schreiten. Dadurch, daß sie das nicht thun, konstatiren sie, daß sie das Vertrauen nicht besitzen, (Sehr wahr, sehr gut!) hat man aber kein Vertrauen zu den Personen, so könnte man es doch zu der Maßregel haben, aber auch damit sieht es schlimm aus. Was hilft uns ein liberales Ministerium! Es existirt das Herrenhaus, welches uns erst in den letzten Tagen durch die Berathung der Wege-Ordnung zeigt, wie es die freie Entwickelung des Landes versteht. Wie können wir da eine solche Mehrbelastung bewilligen; wie könnten wir es verantworten, vor denen die uns hergeschickt haben und denen wir eine Verantwortung für das, was wir hier thun, schuldig sind. Zwingende Gründe, die aus der Situation herzuleiten wären, vermag ich auch nicht anzuerkennen und halte die Vergleiche mit früheren Zuständen und andern Staaten nicht für zutreffend. Die Schwierigkeiten bei der Mobilmachung im Jahre 1859 sprechen für eine Reorganisation, nicht für die Reorganisation. (Sehr wahr!) Mit Aenderungen unseres Wehrsystems müssen wir sehr vorsichtig zu Werke gehn. Ich war bei den früher von mir gestellten Amendements für eine vermehrte Rekrutirung, aber für zweijährige Dienstzeit. Aber die in jenen Amendements ausgesprochenen Wünsche möchte ich jetzt nicht aussprechen, so lange das Budgetrecht des Hauses in Frage gestellt, so lange uns die Kontrolle über die Bewilligungen aus der Hand genommen ist. Der Finanzminister verwechselt das Budgetgesetz mit jedem andern Gesetz, jenes muß er nach Artikel 99 der Verfassung in jedem Jahre haben. Die Krone kann das Haus schließen und auflösen, doch muß sie zuvor das Etatsgesetz haben. Geht es ohne ein solches, so ist eben die Verfassung nichts werth. (Sehr wahr!) Auf Grund unseres Budgetrechts sind dem Finanzminister seit 1850 Millionen um Millionen bewilligt worden; ich frage ihn, ob er glaubt, daß bei budgetlosem Zustande irgend eine Kammer einen Thaler bewilligt hätte? Die konservative Kammer hätte eben so wenig gethan, als es eine andere hätte thun können. Die Voraussetzung des anerkannten Budgetrechts allein wird auch die Bewilligung neuer Steuern ermöglichen. Wenn nun das jetzige System kommt und sagt: „wir erkennen euer Budgetrecht an, um zur Bewilligung von Steuern zu gelangen", so heißt das: „Mohr, du hast deine Schuldigkeit gethan, Mohr, du kannst gehn!" (Sehr wahr! Sehr gut! Meine Herren, ein solcher Mißbrauch des Vertrauens schädigt die Monarchie in Preußen mehr als vielleicht der Verlust von so und so viel Bataillonen. (Sehr wahr!) Es ist für die Monarchie nothwendig, daß dieser Mißbrauch des Vertrauens aufhöre. (Lebhafter Beifall).

Das Haus geht nunmehr zum letzten Abschnitt (**XVII.**) des Berichts über, der vom Etat des Marine-Ministeriums handelt.

Abg. Schmidt (Randow) erörtert die Pflicht des Hauses die Aufgabe der Marine zu fördern.

Der Finanzminister zeigt an, daß ein Marine-Gründungsplan und ein dazu gehöriges Gesetz dem Hause baldigst vorgelegt werden soll.

Damit ist die Diskussion über sämmtliche 17 Abschnitte des Berichts geschlossen und es bleibt nur noch die über die 6 Anträge übrig. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

— Das Herrenhaus erledigte in seiner heutigen (10.) Sitzung die noch rückständigen Paragraphen der Wege-Ordnung; der Gesetzentwurf geht nunmehr zur Schlußredaktion in die Kommission zurück und wird darauf als Ganzes zur Abstimmung gestellt werden. Außerdem wurde die Jahres-Uebersicht über die Verwaltung der Staats-Eisenbahnen für 1863, unter Annahme einiger Resolutionen, welche den Ausbau des östlichen Eisenbahnnetzes betreffen, erledigt. Nächste Sitzung Montag, 27. d. Tagesordnung: das Berggesetz und Petitionsberichte.

Berlin, 22. März.

— Der Geburtstag des Königs wurde in herkömmlicher Weise gefeiert. Die Beglückwünschung nahm um 10 Uhr Vormittags ihren Anfang. Im Laufe des Nachmittags machte der König seinen fürstlichen Gästen im Schlosse und im Hotel Royal Besuche und fuhren diese alsdann zur Königin Wittwe nach Charlottenburg.

— Der König empfing heute u. A. die Präsidien des Landtags, den Hofmarschall des Herzogs von Augustenburg v. Kosel, so wie eine Deputation aus Kiel, bestehend aus den Grafen v. Rantzau, v. Reventlow und v. Schimmelmann-Ahrensburg.

— Gestern Nachmittag hatte eine Deputation aus Cöln unter Führung des Ober-Bürgermeisters Bachem die Ehre des Empfanges bei Sr. Majestät dem Könige, und Allerhöchst denselben zu dem zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Vereinigung der Rheinprovinz mit Preußen in Cöln stattfindenden Feste einzuladen.

— Der General der Infanterie a. D., Chef des Ostpreußischen Feldartillerie-Regiments, Ritter des Schwarzen Adlerordens, v. Hahn, ist am Dienstag früh hierselbst verstorben.

— Der Geh. Kabinetsrath Illaire ist erkrankt und wird jetzt durch den ersten Rath im Staatsministerium, Wirklichen Geh. Ober-Regierungsrath Costenoble, vertreten.

— Die ministerielle „Prov. Corresp." schreibt: Den in den Elbherzogthümern befindlichen preußischen Truppen ist gestattet, die dort geborenen Freiwilligen, welche sich melden, zum Militairdienst anzunehmen, ohne von ihnen die Erwerbung der Eigenschaft als Preußische Unterthanen zu verlangen. — Die Hauptfeier der 50jährigen Vereinigung der Rheinprovinzen mit Preußen wird im Beisein S. M. des Königs in Aachen stattfinden. Die Absicht, die Jubelfeier in Köln zu begehen, ist in Folge der Ablehnung des Antrags Seitens der Stadtverordneten, für die Feier 6000 Thaler zu bewilligen, aufgegeben. Die Einweihung des Denkmals Friedrich Wilhelm III. jedoch wird unter Betheiligung S. M. des Königs dort stattfinden. — Bei einer Besprechung der Debatten des Abgeordnetenhauses meint die „Provinzial-Correspondenz": Es sei die Schuld des Abgeordnetenhauses, wenn es sich nach Berathung des General-Berichts in einer peinlichen Lage befinde. Es habe jetzt zu wählen zwischen einer Berathung des Staatshaushalts-Etats, wie er vorgelegt worden, und der Ablehnung jeder Berathung, welches letztere die Nichterfüllung einer klaren, verfassungsmäßigen Pflicht wäre.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der zwischen den Bevollmächtigten Oesterreichs und des Zollvereins vereinbarte Vertragsentwurf geht den Zollvereinsmitgliedern zur Erklärung zu.

Danzig, den 23. März.

† Unserm gestrigen Berichte über die Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs haben wir noch nachzutragen, daß fast sämmtliche Schulen ihre Zöglinge zu patriotischen Kundgebungen versammelt hatten und in den höheren Lehranstalten Redeacte und Declamationen gehalten wurden, welches letztere auch in den höheren Töchterschulen geschah. Die am Abend stattgefundene Illumination konnte Grund dessen, daß viele Hausbewohner Theilnehmer von Festivitäten waren, sich vorzugsweise nur auf öffentliche Gebäude beschränken. Unter diesen zeichneten sich die St. Petri- und St. Johannisschule, das Schützenhaus, Polizeigebäude und die Kasernen des Bischofsberges und Bastion Wiebe aus, welche letztere 14 Transparente zählte.

†† Das gestern bei Herrn Hoflieferanten Franz Rösch stattgehabte bereits von uns erwähnte Festdiner hatte etwa 70 Theilnehmer. Unter denselben befanden sich die Mitglieder des Regierungs-Collegiums mit dem Herrn Präsidenten von Prittwitz an der Spitze, die Generalität, Herr Polizei-Präsident v. Clausewitz und Herr Stadt- und Kreisgerichts-Direktor Ukert. Den Toast auf Se. Majestät wurde von Sr. Excellenz, dem Herrn Stadt-Commandanten, General-Lieutenant v. Borcke, ausgebracht.

†† Das Offizier-Corps der hiesigen Garnison feierte in dem Leutholz'schen Local den Geburtstag des Königs durch ein Fest-Diner. In dem kurzen kräftigen Toast, welchen der Oberst v. Dewitz auf Se. Maj. den König ausbrachte, wurde darauf hingewiesen, daß dem in der Armee herrschenden guten Geist die kriegerischen Erfolge des letzten Jahres zu verdanken seien.

[Stadtverordneten-Sitzung am 21. März.]
(Fortsetzung.)

Auf den in dem Ministerial-Rescript erhobenen Vorwurf, daß die Communal-Behörden die Entwickelung des Instituts in keiner Weise gefördert, vielmehr in mancher Beziehung geradezu gehindert hätten, namentlich durch geflissentliche Vorenthaltung der Kranken, Verweigerung und Verzögerung der Zahlung und durch den sachwidrigen Bescheid an die Gesellen-Krankenkassen, wird in dem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters entgegnet, daß wenn der Magistrat dem Lazareth Kranke vorenthalten habe, so sei das aus keinem andern Grunde geschehen, als um sie anderswo billiger unterzubringen. Denn seine Pflicht sei es, da Ersparnisse zu machen, wo sich die Möglichkeit dazu zeige. Unrichtig sei es, daß der Magistrat die Zahlung der dem Lazareth zukommenden Vergütigung verweigert oder verzögert habe. Ehe derselbe zahle, müßten die geforderten Beiträge gerechtfertigt, und die Einwendungen, die er mache, erledigt werden. Dies sei ein ganz natürlicher Geschäftsgang; ihn festzuhalten, sei Pflicht des Magistrats. Davon, daß Stockungen in der Lazareth-Verwaltung vorgekommen, sei ihm nichts bekannt geworden. Falls dennoch solche vorhanden gewesen und hätten die Betheiligten oder das Publikum dieselben den Staatsbehörden zur Last gelegt, so sei dies ohne jegliche Betheiligung des Magistrats geschehen. Der Magistrat wisse sich frei von dem Bestreben, den Staatsbehörden etwas zur Last zu legen, was nicht Folge ihrer Anordnungen sei. Besonders dürfe ein solches Bestreben nicht füglich erkennbar sein in dem Bescheide an die Gesellenkrankenkasse, den der Herr Minister als einen sachwidrigen bezeichne. — In diesem Bescheide habe es geheißen, daß es dem Magistrat unmöglich sei, den durch das provisorische Statut bestimmten Verpflegungssatz herunter zu setzen. Die Unmöglichkeit für den Magistrat habe einfach in dem Umstande gelegen, daß er damals in dem Lazareth-Vorstande gar nicht vertreten gewesen. Was den zweiten Bescheid vom 9. Febr. c. anbelange, so bezöge sich derselbe auf die Anfrage, ob auf Grund einer im Beisein des Magistrats-Commissarius stattgehabten Verhandlung des Herrn Geh. Reg.-Rath Esse mit den Krankenkassenvertretern schon bestimmte Schritte geschehen seien. Nachdem der Magistrats-Commissarius versprochen, sich für das Zustandekommen eines Arrangements zu bemühen, sei von der Königl. Regierung bestimmt worden, daß der Stadt-Gemeinde nicht 100, sondern nur 35 Freibetten eingeräumt werden sollten. Hiernach hätte der Bescheid nicht anders lauten können, als daß unter den obwaltenden Umständen nicht möglich sei, den Krankenkassen einen Antheil an den Freibetten zu bewilligen. — Auch nach gründlichster Prüfung, sagt der Herr Oberbürgermeister im weiteren Verlauf des Schreibens, vermöge er in diesem Bescheide nicht ein falsches, ja nicht einmal ein ungenaues Wort zu entdecken, und er erlaube sich daher den Vorwurf der Sachwidrigkeit ehrerbietigst abzulehnen. — Auf den Vorwurf des Ministerial-Rescripts, daß der Magistrat an dem Lazareth nur seine eigenen Interessen verfolge, erklärt der Herr Oberbürgermeister in seinem Schreiben, daß unter den Interessen des Magistrats jedenfalls doch nur städtische Interessen gemeint sein könnten. Diese nach Kräften zu verfolgen und wie in jeder andern, so auch in der Lazareth-Angelegenheit aufrecht zu erhalten, sei seine Pflicht. Es sei deßhalb nicht von ihm zu verlangen, Kranke, die anderswo billiger untergebracht werden könnten, in das Lazareth, nur um des Lazarethes willen, zu bringen, und noch viel weniger könne von ihm verlangt werden, daß er in anderer Form aus städtischen Mitteln für dasselbe, so lange es nicht ein städtisches Institut sei, Opfer bringe. — Nachdem die Versammlung während des Verlesens des Schreibens an verschiedenen Stellen ihren lebhaften Beifall zu erkennen gegeben, ergreift Herr Biber das Wort und sagt, daß es wohl nicht thunlich sei, auf eine Kritik des Ministerial-Rescripts einzugehen, weil eine solche der Oeffentlichkeit nicht angehöre. Indessen erscheine es geboten, dem Herrn Oberbürgermeister, für die mannhafte und würdige Weise, in welcher derselbe die Vorwürfe zurückgewiesen, wie für sein ganzes Verhalten in der Angelegenheit den schuldigen Dank durch Erheben von den Sitzen an den Tag zu legen; die ganze Versammlung erhebt sich einmüthig. Herr Piwko stellt darauf den Antrag, das Ministerial-Rescript und das Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters mit dem Protokoll durch den Druck zu veröffentlichen. Herr Gibsone hält es für angemessen, das Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters nicht eher durch den Druck zu veröffentlichen, als bis es an den Ort seiner Bestimmung abgegangen. Herr Breitenbach ist der gleichen Meinung. Trotz der hierauf gemachten Mittheilung, daß die Absendung bereits geschehen, erklärt sich Herr Liévin gegen den Piwko'schen Antrag, indem er es nicht für zweckmäßig hält, daß Schriftstücke in einer Angelegenheit durch den wortgetreuen Abdruck früher, als die schwebenden Verhandlungen ihren Abschluß erreicht, der Oeffentlichkeit übergeben werden. Hr. Oberbürgermeister v. Winter ist gleichfalls nicht mit dem Piwko'schen Antrag einverstanden und bittet, denselben nicht anzunehmen. Die Mittheilung des Schreibens habe in der Versammlung ihren Zweck erreicht, und darüber wolle man nicht hinaus gehen. Der Oeffentlichkeit sei durch die Mittheilung in öffentlicher Sitzung vollkommen Genüge geschehen. Dem Magistrat gereiche es zur wohlthuenden Befriedigung, daß das Schreiben die Billigung und Beistimmung der Versammlung gefunden. Die von Herrn Piwko beantragte Veröffentlichung im Protokoll könne leicht als eine Provokation ausgelegt werden. Hr. Piwko zieht hierauf seinen Antrag zurück. (Schluß folgt.)

— Von Herrn John Gibsone werden wir ersucht, die Antwort der Westpreußischen Zeitung, des Organs der Herren Landrath v. Brauchitsch und Regierungs- und Schulrath Wantrup, auf den von ihm verfaßten Artikel in Nr. 68. dieses Blattes, betitelt: „**Der bodenlose Abgrund der Westpreußischen Zeitung**" zur Kenntniß unserer Leser zu bringen, welchem Wunsche die Redaktion hiemit nachkommt:

„Das „Danz. Dampfboot" erfreut sich in längeren Pausen Leitartikel, unterzeichnet —b—, zu denen sich Herr John Gibsone, von der Firma Alex. Gibsone, Hundeg. 94, zuweilen so offen bekannt hat, daß wir keinen Anstand nehmen dürften über das, was —b— schreibt, mit John Gibsone zu sprechen und ihn nöthigenfalls darüber zur Verantwortung zu ziehen. —b— hat das Erscheinen der Westpreußischen Zeitung vor Jahr und Tag mit einem grimmigen Wuthgeheul begrüßt, worauf wir schon damals diesen Kläffer —b— bestrafen mußten. Die blauen Flecken auf dem Rücken —b—'s sind wahrscheinlich nicht mehr zu sehen; er erhebt ein neues Geheul, daß wir, gegen —b— gewendet, eine der niederträchtigsten Denunciationen nennen, die seit 1859 ausgeheckt worden, und von der wir Herrn Gibsone nur sagen, daß —b— durch dieselbe würdig eingeführt ist in den Kreis der „Danz. Ztg.", in diese Clique der traurigsten literarischen Buschklepperei, die zu einer sachlichen Erörterung von Principien weder den Muth noch die Fähigkeit hat, die nur schimpft und denuncirt und, wenn man ihr zeigt, daß sie zwar ein Monopol hat auf die Gemeinheit, aber daß wir es verstehen uns unserer Haut zu wehren, entsetzt nach dem Herrn Präsidenten, dem Herrn Provinzialsteuer-Director und dem Herrn Staatsanwalt ruft. In diese Clique hat —b— leider einen ehrenwerthen Namen eingeführt, durch einen Artikel im „Danz. Dampfb.", „der bodenlose Abgrund der Westpreußischen Zeitung" überschrieben, in welchem einige Worte aus dieser Zeitung dazu benutzt werden (um das Fett vom weg von dieser journalistischen Suppe zu schöpfen) eine Denunciation gegen den Landrath von Brauchitsch und den Regierungsrath Wantrup anzubringen und den Zorn des Himmels und einiger irdischen Personen gegen dieselben aufzurufen. — Sollte Herr John Gibsone nichts gemein haben mit —b—, was wir für diesmal wenigstens hoffen, so bitten wir es schleunigst öffentlich zu erklären, es würde uns eine wahre Herzenserleichterung sein, denn nach diesem ersten Artikel werden noch eine Reihe andere kommen, in denen wir zwar über die Denunciation und die ihr zu Grunde liegenden sachlichen Verhältnisse, d. h. die Stellung der Commis in Danzig, sprechen werden, aber es doch kaum werden vermeiden können, auch den Denuncianten zu nennen und zu bestrafen."

— [Theatralisches.] Nachdem morgen zum Besten des Charakterdarstellers Herrn Heßler ein Geistesprodukt unseres Landsmannes Rud. Genée zur Aufführung gekommen sein wird, wird am nächsten Dienstage wiederum eine Benefiz-Vorstellung und zwar für die beliebte Opern-Soubrette Fräul. Rottmayer stattfinden. Die Benefiziantin hat dazu die Auber'sche Oper: „Der Maskenball" gewählt. Die junge talentvolle Künstlerin darf wohl auf einen sicheren pekuniären Erfolg sich Rechnung machen, da dieselbe eine sehr gern gesehene angenehme Erscheinung ist und sich großer Liebe beim Theaterpublikum zu erfreuen hat.

— Heute tagt hier eine Commission, bestehend aus Delegirten der Kaufmannschaft von Königsberg und Stettin (vielleicht auch von Memel und Stralsund), welche zusammen mit einigen Deputirten der hiesigen Korporation sich über Normirung der Frachtsätze von Getreide nach Gewicht berathen und wenn möglich einen festen Tarif für die gesammten Preußischen Ostseehäfen vereinbaren will. Nach der Berathung findet ein gemeinschaftliches Diner bei Gehring & Denzer statt.

†† Das Drechsler-Gewerk veranstaltete gestern Abend dem Herrn Drechslermeister Hartwich zu seinem 50jährigen Meisterjubiläum ein Festmahl in den unteren Räumen des Rösch'schen Lokals. Unter den Theilnehmern des Festes befand sich der Assessor des Gewerkes, Herr Stadt-Rath Lemke.

†† Der Oberst-Lieutenant und Bataillons-Commandeur im 3. Ostpr. Grenadier-Regiment Nr. 4. v. La Chevallerie ist zum Ehrenritter des Johanniter-Ordens ernannt worden.

†† Die nächste Schwurgerichtsperiode des hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichts wird am 24. April cr. beginnen.

— Nach einem hier in der Stadt verbreiteten Gerüchte, welches auch in andere Zeitungen übergegangen ist, wäre der frühere Seminar-Director, jetzige Pfarrer in Zuckau, Herr Henschel, beinahe das Opfer eines verruchten Verbrechens geworden. Er wurde in der Nacht in seiner Wohnung von zwei Männern überfallen, geknebelt, in den Keller geschleppt und dort eingeschlossen, nachdem die beiden Verbrecher die Wohnung beraubt hatten. Bald darauf wurde die Wirthin durch Geräusch und Stöhnen geweckt, und demselben folgend, kam sie glücklicherweise noch zeitig genug in den Keller, um ihren Herrn aus seiner jämmerlichen Lage zu befreien. Was über die Persönlichkeit der Verbrecher verlautet, behalten wir uns vor, mitzutheilen, sobald sichere Nachrichten darüber vorliegen.

Wehlau, 19. März. Der Pfarrer H. aus St., hiesigen Kreises, hat mehrfach den König um Begnadigung derjenigen Soldaten gebeten, welche wegen des bekannten Graudenzer Vorfalles sich noch in schwerer Festungshaft befinden. Da Hauptmann v. Besser jetzt verstorben ist, will H. nochmals den Versuch mit einer Bittschrift machen. Beiläufig bemerken wir, daß Hauptmann v. B. sich bis 1. April v. J. in der unweit von hier belegenen Irrenanstalt Allenburg befand. Seine Geisteskrankheit scheint in einer erblichen Anlage ihren Grund gehabt zu haben, denn auch sein Vater war dem Wahnsinn verfallen und starb vor etwa zwei Jahren in Allenburg.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Schnelle Rückkehr in's Gefängniß.] Am 7. d. Mts. hatte der Bäckerlehrling Rudolf Herrmann Hohmann im hiesigen Criminal-Gefängniß eine Strafe, zu welcher er wegen Diebstahls verurtheilt worden war,

abgebüßt. Als er im Begriff stand, das Gefängniß zu verlassen, versprach er unter Thränen und Kundgebungen der größten Reue, daß er mit der wieder erlangten Freiheit ein besseres Leben beginnen und gewiß nie wieder in das Gefängniß zurückkehren würde. Kaum aber war ein Tag vergangen, so wurde er schon wieder in dasselbe abgeliefert. — Schon am Tage der Entlassung aus dem Gefängniß hatte er dem Schneidermstr. Röhrig, als er demselben einen Besuch gemacht, eine große Schneiderscheere und eine Haarbürste gestohlen und diese Gegenstände verkauft. Auf der Anklagebank weinte er entsetzlich und sagte, daß ihn die große Noth und der Hunger zu dem Diebstahl getrieben. Denn nachdem er aus dem Gefängniß entlassen worden, habe es ihm den ganzen Tag nicht gelingen wollen, irgendwo ein Stück Brod zu bekommen. Der hohe Gerichtshof verurtheilte ihn unter Annahme von Milderungsgründen zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen.

Nachdem der Kürschnermeister Treder, welcher in der vorigen Schwurgerichts-Periode wegen versuchten Gattenmordes zu einer 10jährigen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde, mit der von ihm erhobenen Nichtigkeits-Beschwerde zurückgewiesen worden ist, wird er nächstens in's Zuchthaus abgeführt werden.

Meteorologische Beobachtungen.

22	4	334,84	— 0,3	S. mäßig, H. leicht bewölkt.
23	8	332,78	— 5,3	Südl. flau, nebelig.
	12	333,06	— 0,9	Oestl. flau, klar u. schön.

Course zu Danzig am 23. März.

		Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	tlr.	6.23	—	—
Staats-Schuldscheine		$91\frac{3}{4}$	—	—
Westpr. Pf.-Br. $3\frac{1}{2}$%		85	—	85
do. 4%		$94\frac{7}{8}$	—	—
do. $4\frac{1}{2}$%		$100\frac{3}{4}$	—	—
Staats-Anleihe 5%		106	—	—
Pr. Rentenbriefe		99	—	—
Danz. Stadt-Obligationen		95	—	—

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 23. März.

Weizen, 340 Last, 134.35pfd. fl. 445; 130pfd. fl. 400, 410; 126.27pfd. fl. 380, 385; 125pfd. fl. 375 pr. 85pfd.
Roggen, 126pfd. fl. 235; 124pfd. fl. 231; 127pfd. fl. $235\frac{1}{2}$; 128pfd. fl. 237; 131.32pfd. fl. 246 pr. $81\frac{5}{6}$pfd.
Weiße Erbsen fl. 294, 300 pr. 90pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 23. März.

Weizen 120—130pfd. bunt 53—65 Sgr.
120—132pfd. hellb. 56—70 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—132pfd. 36/37—41 Sgr. pr. $81\frac{5}{6}$pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 47—51 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 42—46 Sgr. }
Gerste kleine 106—115pfd. 27—$33\frac{1}{2}$ Sgr.
große 112—120pfd. 31—36 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 22—26 Sgr.
Spiritus $13\frac{2}{3}$ Thlr.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Pr.-Lieut. u. Rittergutsbes. Steffens a. Kleschkau. Rittergutsbes. Plehn a. Kopitkowo. Die Kaufl. Keddig, Neizen, Stahlberg u. Haker a. Stettin, de la Gillardie a. Nantes, Lund u. Schwedersky a. Memel, Böcker aus Remscheid, Bürklin a. Pforzheim, Lobeck a. Stralsund, Stephan u. Consul Kleynstüber u. Larck a. Königsberg.

Hotel de Berlin:

Rittergutsbes. Witte a. Krapfen bei Stolp. Kaufl. Elias a. Elberfeld, Stried a. Landskirch, Poppe aus Mühlhausen, Dubry a. Bordeaux, Piefke a. Düsseldorf, Cagel a. Würtemberg u. Niemeyer a. Magdeburg.

Walter's Hotel:

Landschaftsrath Bedecke n. Gattin a. Leselle. Die Rittergutsbes. v. Tevenar n. Gattin a. Saalau und Kurtius a. Altjahn. Gutsbes. Behling a. Grewin. Die Kaufl. Davidsohn a. Königsberg u. Köhnen a. Rheydt. Frau Oberlehrer Dr. Botzon a. Marienburg.

Hotel zum Kronprinzen:

Gutsbes. Kratz a. Cosemühl. Die Kaufl. Hanf aus Berlin u. Klose a. Danzig. Frau Rentierin Werner a. Graudenz.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:

Sekretär Erhardt a. London u. Otomann a. Elbing. Frl. Otto a. Elbing. Hegemeister Wiejandt n. Gattin a. Steegen. Die Kaufl. Hallert a. Berlin, Oertel aus Landsberg a. W. u. Tiedemann a. Bromberg. Frl. Otto a. Elbing.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. Heppner a. Schwintsch. Die Gutsbesitzer Krüger a. Filehne, Lütke a. Bromberg u. Lietz a. Marienau. Die Kaufl. Maaß a. Berlin, Boldt aus Memel, Fischer a. Nürnberg, Kleinfeldt a. Elberfeld, Zeitner a. Stralsund u. Schechert a. Köln.

Deutsches Haus:

Lieut. u. Gutsbes. v. Seidlitz a. Heldrungen. Die Kaufl. Braun a. Elberfeld u. Stein a. Nakel. Commis Balfe a. Graudenz.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.